

Cem Özdemir, MdEP

geboren 1965 in Bad Urach;
lebt in Berlin und Brüssel.

Seit 2004 Europaabgeordneter der Grünen Fraktion; Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und in der EU-Türkei Delegation des Europäischen Parlaments.

Kontakt E-Mail: cozdemir@europarl.eu.int.

Die Langfassung des folgenden Beitrags (fertig gestellt im April 2006) wird im Herbst 2006 erscheinen in: Lydia Haustein / Joachim Sartorius / Christoph Bertrams (Hrsg.): *Modell Türkei? Ein Land im Spannungsfeld zwischen Religion, Militär und Demokratie*. © Wallstein Verlag 2006, Göttingen.

Summary

In his essay the author takes an in-depth look at the role of the military in Turkey, as well as its influence on state and societal developments. The Turkish military has traditionally positioned itself as the guardian of Atatürk's heritage and therefore also of the modern Turkish nation state. According to its self-conception, the military functions to protect the state against its enemies. The internal enemies may have varied over the years, from communists to Islamists, but the function of their presence has remained unaltered: it has paved the way for the military to enter politics – for the sake of the nation's security.

This traditional role, however, is increasingly questioned today, in large part due to growing EU-Turkey ties. The military's political influence, institutionalised via the National Security Council, has been cut back by recent governmental reforms. Furthermore, the army, once widely considered to be the pillar of modern Turkey, is increasingly regarded as an obstacle to democratic progress. The public debate has just commenced, but the self-constituted role of the military as the indispensable guardian of a modern Turkish state can no longer be seen as a guarantee.

Die Armee gehört in die Kaserne. Über das Verhältnis von Militär und Politik in der Türkei

■ Im November 2005 explodierte in der überwiegend von Kurden bewohnten südostanatolischen Kreisstadt Şemdinli eine Bombe in einem Buchladen, dabei kam ein Mensch ums Leben. Als die mutmaßlichen Täter mit einem Auto fliehen wollten, konnten sie von Passanten gestellt und der Polizei übergeben werden. Sie entpuppten sich als Angehörige der Armee, ihr Auto gehörte der Gendarmerie. Trotz der erdrückenden Beweislage wurden die drei Verdächtigen kurz nach der Tat wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diese Freilassung – obwohl die Täter gewissermaßen auf frischer Tat ertappt wurden – ist ein beredtes Beispiel für die einflussreiche Rolle des Militärs in der Türkei. Doch dieser Vorfall ist zugleich ein Beleg dafür, dass die Macht des Militärs in Gesellschaft und Politik schwindet. Denn die öffentliche Empörung über die augenscheinliche Straflosigkeit für Uniformträger schlug hohe Wellen und führte zu anhaltenden Protesten in Şemdinli. Der Oberkommandierende der Landstreitkräfte und künftige Generalstabschef, Yaşar Büyükanıt, nahm den beschuldigten Armeeeoffizier als „tadellosen Soldaten“ öffentlich in Schutz. Die öffentliche Empörung und nicht zuletzt der demonstrative Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan in Şemdinli führten jedoch schließlich dazu, dass die mutmaßlichen Täter verhaftet wurden. Der zuständige Staatsanwalt in der ostanatolischen Stadt Van hat inzwischen lebenslange Haftstrafen für die Attentäter gefordert. Doch wie nicht anders zu erwarten war, schlug das Imperium zurück: Der Staatsanwalt von Van wurde wegen seiner Anklage gegen den Vier-Sterne-General Yaşar Büyükanıt selbst seiner Funktion enthoben.

Im Fall Şemdinli zeigen sich frappierende Parallelen zum Susurluk-Skandal ¹ – wie auch der Vorsitzende des Völkerrecht-Ausschusses des türkischen Parlaments,

1 In der nordwestlichen Stadt Susurluk ereignete sich 1996 ein Autounfall. In dem verunglückten Wagen befanden sich neben einem Abgeordneten der damaligen Regierungspartei, einem hochrangigen Polizeibeamten und einer früheren Schönheitskönigin auch ein von Interpol wegen Mordes gesuchter Rechtsextremist und bekannter Pate der türkischen Unterwelt, der zudem gefälschte

Mehmet Elkatmış, erklärte –, in dessen Folge ein Untersuchungsausschuss der türkischen Nationalversammlung einen Sumpf aus Mafia und rechten Todeschwadronen im so genannten „tiefen Staat“ aufdeckte. Die Aufklärung dieser Strukturen und die Bestrafung der Mörder von hunderten von extralegalen Hinrichtungen endeten just in dem Moment, als immer mehr Spuren in Richtung Militär führten. Die immer wieder aufflammenden militärischen Auseinandersetzungen zeigen, dass sowohl die PKK, als auch die Kräfte des „tiefen Staates“ keineswegs entmachtet sind. Andere Länder mit autoritärer Vergangenheit – wie etwa Spanien – machen vor, wie ein demokratischer Staat sich gegen wieder auflebende Machtgelüste des Militärs zur Wehr setzen sollte. Die Türkei aber ist noch weit von den spanischen Verhältnissen entfernt.

Mit Tayyip Erdoğan hat sich erstmals ein Premierminister für eine „politische Lösung“ ausgesprochen und die Kurdenfrage entsprechend auf die politische Agenda gesetzt. Nach der radikalen Kurskorrektur in der Zypernfrage, vom Militär argwöhnisch beäugt, folgt nun eine vorsichtige Neubewertung des Verhältnisses der Republik zu ihren kurdischen Staatsbürgern. Schwer zu schlucken haben die „Falken“ im Militär und ihre zivilen Unterstützer in Bürokratie, Justizapparat und Medien auch an den neuen Realitäten im Irak. Aus den kurdischen Clan-Führern Dschalal Talabani und Massoud Barzani sind mittlerweile nicht nur führende Politiker ihres Landes, sondern mit Talabani sogar Iraks Staatspräsident geworden – Politiker, denen Ankara früher oder später den roten Teppich wird ausrollen müssen.

Das Militär als Garant des kemalistischen Staates

Das türkische Militär nimmt auch heute noch deutlichen Einfluss auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei. Zudem ist die Armee für die Mehrheit der Türken nicht einfach nur die Hüterin kemalistischer Prinzipien oder die Institution von stets putschbereiten Generälen und Offizieren mit dunklen Sonnenbrillen. Vielmehr hat aufgrund der Wehrpflicht fast jeder einen Familienangehörigen im Militär und empfindet gewissermaßen jeden getöteten Soldaten als Angriff auf die eigene Familie.

Dieselben Menschen wählen allerdings nach jedem Militärputsch in der Türkei regelmäßig die Neugründung jener Partei, gegen die das Militär vorgegangen ist.

Dokumente bei sich trug, die vom Innenminister unterzeichnet waren. Dieser Vorfall legte die undurchsichtige Verbindung von Staat, Militär, Justiz, Bürokratie und organisiertem Verbrechen offen – in der Türkei auch als der „tiefe Staat“ bezeichnet. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass hinter den offenen Strukturen des demokratischen Systems eine nationalistische Klasse agiert bzw. gegen die Regierung intrigiert – etwa durch die Besetzung von wichtigen Posten in Bürokratie und Justiz. Es ist offensichtlich, dass gerade der „tiefe Staat“ durch die Annäherung an die Europäische Union und die damit verbundenen Veränderungen in Justiz, Bürokratie und Militär viel zu verlieren hat.

Die hohen Glaubwürdigkeitswerte, die das Militär in Umfragen regelmäßig erreicht, hängen natürlich auch damit zusammen, dass man Meldungen über Korruption und illegale Machenschaften hinter den Kulissen türkischer Kasernen in den Zeitungen mangels Transparenz kaum findet. Ihren Ärger lassen die Medien dafür umso intensiver in Berichten über Verfehlungen von Ministern und Abgeordneten der Regierung aus.

Wer diese Widersprüche und die politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Türkei verstehen will, muss sich über die Rolle des Militärs klar werden. Der moderne Nationalstaat Türkei wurde 1923 unter der Führung des Generals Mustafa Kemal gewissermaßen von der Armee selbst gegründet. Kürzlich bezeichnete der linksliberale Kolumnist Murat Belge genau diesen Umstand als den Hauptgrund, warum in der Türkei die Armee die Finger nicht von der Politik lassen will.

Die Armee in der Türkei sieht traditionell ihre Aufgabe nicht nur im Schutz gegen äußere Bedrohungen, sondern in gleichem Maße in der Verteidigung der kemalistischen Grundsätze gegen die so genannten inneren Bedrohungen. Die vermeintlichen Feinde im Inneren variieren dabei im Laufe der Zeit. Mal waren es Kommunisten, mal Separatisten, dann Islamisten und künftig vielleicht gar EU-Befürworter. Das Bedrohungsszenario diente bis in die Gegenwart hinein zur Abwehr von demokratischen Reformen und zur Aufrechterhaltung hoher Ausgaben für den Sicherheitsapparat. Die drei offiziellen Militärputsche 1960, 1971, 1980 und der letzte unblutige, so genannte „*Soft Coup*“ gegen den damaligen Ministerpräsidenten Erbakan am 28. Februar 1997 folgen in der Logik der Militärs ihrer vornehmsten Aufgabe: dem Schutz der kemalistischen Republik.

Der Nationale Sicherheitsrat als paralleles Machtzentrum

Tatsächlich folgte jeder unmittelbaren Machtergreifung der Armee die Festigung der Machtbalance zu ihren Gunsten, auch wenn sie die politische Macht immer vergleichsweise schnell an die gewählten Volksvertreter zurückgegeben hat. So wurde zum Beispiel nach dem ersten Militärputsch von 1960 qua Verfassung der Nationale Sicherheitsrat MGK (*Milli Güvenlik Kurulu*) geschaffen. Dieser Sicherheitsrat war bis vor kurzem die zentrale Institution, über die das Militär seinen politischen Einfluss ausübte. Zunächst war die Rolle des MGK offiziell darauf beschränkt, die Regierung in Sicherheitsfragen zu beraten. Doch wurden nach dem letzten Militärputsch 1980 und mit der neuen Verfassung seine Kompetenzen so ausgeweitet, dass das MGK-Generalsekretariat ein der Regierung übergeordnetes Organ wurde. Die vom MGK ausgesprochenen „Empfehlungen“ mussten von der Regierung mit oberster Priorität behandelt werden und staatliche Institutionen wie etwa die Ministerien waren dem MGK gegenüber faktisch rechenschaftspflichtig. Besonders im Kampf gegen die militante PKK und gegen die vermeintliche bzw. tatsächliche Bedrohung durch den politischen Islam spielte der Sicherheitsrat eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung der politischen Leitlinien des Landes.

Nun aber hat die Türkei endlich die Perspektive auf EU-Mitgliedschaft – und die Kopenhagener Kriterien der EU verlangen u. a. die zivile Kontrolle des Militärs. So gelang es, die Machtbefugnisse des MGK und seine verfassungsrechtliche Stellung erheblich einzuschränken. Das Generalsekretariat kann nur noch auf Initiative des Premierministers tätig werden und die Umsetzung der MGK-Beschlüsse wird vom Vize-Premierminister überwacht. Der Generalsekretär muss nicht mehr aus dem Militär stammen, er kann auch ein Zivilist sein. Der Verteidigungshaushalt, über den das Militär weitgehend selbst bestimmte, wird nun in geschlossenen (!) Sitzungen des Parlaments diskutiert und vom Rechnungshof geprüft. Dies ist zwar nur ein Anfang, jedoch auch ein deutlicher Beweis, welche demokratisierenden Effekte die EU-Perspektive für ein Land haben kann.

Vereinnahmung von Bildung und Religion

Diesem institutionellen Fortschritt muss der Wandel in den Köpfen noch folgen. So gibt es z.B. seit 1924 in den türkischen Schulen ein Schulfach, das sich „Nationale Sicherheit“ nennt und das an allen staatlichen Schulen von einem uniformierten Armeeingehörigen unterrichtet wird. In einem Schulbuch für dieses Fach ist beispielsweise zu lesen, eine Person, die keinen Militärdienst leistet, könne sich selbst, ihrer Familie und ihrem Vaterland nicht nützlich sein. Ganzen Generationen wurde in diesem Unterricht die Vorstellung eingeimpft, dass die Nachbarländer der Türkei nichts anderes als Feinde mit finsternen Absichten sind. Die Zivilisierung der Bildung gehört daher sicher zu den Kernaufgaben der bevorstehenden Bildungsreform.

Neben seiner Präsenz in der allgemeinen Bildung verfolgt das Militär aber auch noch andere Strategien, die seine gesellschaftliche Stellung sichern sollen. So darf nicht unerwähnt bleiben, dass es gerade das türkische Militär war, das nach dem Militärputsch im Jahr 1980 zum Erstarken des politischen Islam beigetragen hat. Nach dem Putsch 1980 begannen die Generäle um Kenan Evren den Islam für sozialintegrative Zwecke zu instrumentalisieren, weil man von der Unumkehrbarkeit der säkularen türkischen Gesellschaft ausging. Deshalb wurde der Islam unter dem Deckmantel einer so genannten türkisch-islamischen Synthese zum ideologischen Bollwerk gegen die vorgebliche Kommunismusgefahr – von den NATO-Partnern im Westen wohlwollend begleitet. Die meisten religiösen Schulen, in denen Imame ausgebildet werden und gegen die sich die kemalistische Elite mit und ohne Uniform heute so vehement richtet, wurden in der Zeit von 1980 bis 1983 eröffnet; ein wahrer Moschee-Bauboom setzte ein. Auch der Religionsunterricht als Pflichtfach wurde wieder eingeführt, zunächst sogar für Christen und Juden verpflichtend. Noch heute müssen Kinder aus alevitischen Familien an dem sunnitischen Religionsunterricht teilnehmen. Vor diesem Hintergrund mutet es wie ein Treppenwitz der Geschichte an, dass die Armee heute die vermeintliche Gefahr eines islamistischen Staates zum Vorwand nimmt, um ihren Eingriff in die Politik zu rechtfertigen.

Öffentliche Debatte über die Rolle des Militärs

Durch die wirtschaftliche Entwicklung, die unter dem ehemaligen Staats- und Ministerpräsidenten Turgut Özal in den 1980er Jahren begann, hat die gesellschaftliche Differenzierung der Sozialstrukturen in der Türkei rasant zugenommen. Verschiedene gesellschaftliche Schichten und Kräfte haben eine eigene Dynamik entwickelt, so dass die Türkei heute viele unterschiedliche Gesichter hat. Das Land weist eine breite Mittelschicht in den städtischen Zentren auf und eine bunte Presselandschaft, die die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und Kräfte zur Sprache bringt. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben inzwischen einen großen Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Prozesse. Auch die Arbeitgeberverbände, die nicht immer reformorientiert waren, sowie die Gewerkschaften treten mehrheitlich eindeutig für weitere Reformen ein.

Solange es nicht wieder zu einem Aufflammen des Terrorismus und einem Rückfall in die Zeit der militärischen Auseinandersetzungen zwischen PKK und türkischer Armee kommt, wird die Armee zunehmend Schwierigkeiten bekommen, in einer derart gewandelten Türkei für ihre Einflussversuche auf die Politik das Verständnis oder die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Wenn die Annäherung an die EU konsequent weitergeht, wird diese Entwicklung den Prozess der Loslösung der Gesellschaft von der alten Rolle der Armee als Wächter weiter verstärken. Den Rahmen für eine Trennung von Staat und Religion und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern seit der Gründung der Republik wird künftig die Europäische Union sichern, deren Mitglied die Türkei werden möchte. Andererseits liegt hier auch der wunde Punkt: Ohne glaubwürdige EU-Mitgliedschaftsperspektive für die Türkei würde das Militär auf seiner mächtigen Rolle bestehen und dürfte es der türkischen Zivilgesellschaft schwer fallen, daran etwas zu ändern.

Offene Kritik an der für eine Demokratie unakzeptablen Einmischung der Armee in die Politik wurde allzu lange vermieden. Weder in den Medien noch in der Wissenschaft der Türkei fand hierzu ein ausreichender Diskurs statt und eine entsprechende breite gesellschaftliche Debatte blieb aus. So brachte die Armee ihre Ansichten über gesellschaftliche und politische Fragen des Landes durch legendäre *Briefings* für mehr oder weniger willfährige Journalisten deutlich zur Sprache, wann immer sie es für nötig hielt. Kritische Journalisten dagegen wurden durch Nichteinladung „abgestraft“. Der türkische Sozialwissenschaftler Ahmet Insel brachte diesen Zustand auf die griffige Formel einer „redseligen Armee und sprachlosen Gesellschaft“.

Inzwischen hat sich das geändert: Ein öffentlicher Diskurs über die Rolle des Militärs in der Türkei findet statt. Mit der Perspektive auf Mitgliedschaft in der EU haben vor allem die demokratischen Kräfte in der Türkei Rückenwind erhalten. Gegenwärtig sind diese Stimmen lauter zu hören denn je. In den großen Tageszeitungen des Landes kommen nun unablässig Kommentatoren zu Wort, die

bei ihrer Kritik an der politischen Einmischung des Militärs kein Blatt vor den Mund nehmen. Die militärische Führung spürt den Gegenwind.

Zurück in die Kaserne

In einer funktionierenden Demokratie steht niemand über dem Gesetz, auch nicht ein Uniformträger. Auch andere Länder, die heute zum Kreis der Demokratien gehören, kämpfen noch mit dem Erbe früherer Militärdiktaturen. Wie bereits erwähnt, konnte man zum Beispiel in Spanien Anfang 2005 ein Beispiel für den Primat der Politik über das Militär beobachten. Dort wurde der Heereschef in seine Schranken verwiesen und unter Hausarrest gestellt, nachdem er einen Militärputsch angedeutet hatte. Wer, wie ich selbst, an einer Untersuchungsdelegation teilgenommen und die Arroganz mancher uniformierter „Paschas“ gegenüber der örtlichen Bevölkerung gesehen hat, versteht das tiefe Misstrauen gegenüber den bislang stets unerfüllten Versprechungen auf Reformen in der Türkei. Sicher, auch die PKK hat es bislang nicht für nötig befunden, sich für ihre Menschenrechtsverletzungen glaubwürdig zu entschuldigen oder gar – endlich dem Beispiel der IRA und ETA folgend – die Waffen für immer zu vergraben. Doch gerade weil sich die Armee – zu Recht – nicht auf eine Stufe mit der PKK stellen möchte, muss sie sich an höheren, demokratischen Maßstäben messen lassen.

Bis heute entziehen sich die Verantwortlichen um Putschistengeneral Kenan Evren einer strafrechtlichen Verfolgung für grausamste Menschenrechtsverletzungen an ungezählten Menschen. Die Verfassung garantiert ihnen Straffreiheit und Immunität. Kein Zweifel, es wäre ein wichtiger Beitrag zur Versöhnung im Lande, wenn auch ehemalige Uniformträger nicht länger über dem Gesetz stehen würden. Manche tiefe Wunde könnte endlich verheilen.

Nach dem Vorbild anderer Länder könnte auch in der Türkei eine unabhängige Wahrheitskommission ansetzen, um die Zeit nach dem Militärputsch 1980 aufzuarbeiten. Die muslimische Monarchie in Marokko setzte schon unter König Hasan II. eine solche Kommission zur Aufarbeitung früherer Menschenrechtsverletzungen ein.² Das sollte für die Türkei Ansporn sein, einen Neubeginn in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu wagen. Eine solche Kommission, mit einem umfassenden Mandat ausgestattet, könnte zu einem Heilungsprozess und zur Versöhnung beitragen. Es müssten aber ausnahmslos alle Verbrechen einbezogen werden: die der Uniformträger genauso wie die durch Mitglieder der PKK.

2 Aufgrund inneren und äußeren Drucks setzte König Hassan II. 1999 eine Wahrheitskommission ein. Unter seinem Nachfolger Mohammed VI. arbeitet seit Januar 2004 die „*Instance Équité et Réconciliation*“ weiter an der Aufarbeitung der gravierenden Menschenrechtsverletzungen zwischen 1956 und 1999. Aufgrund dieser zeitlichen und weiteren Beschränkungen des Mandats steht die Kommission allerdings in der Kritik von Menschenrechtlern.

Vielleicht ist die Forderung nach einer solchen Kommission zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, doch eines Tages wird sich auch die Türkei ihrer Geschichte stellen müssen, denn neben institutionellen Reformen gehört auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zum Demokratisierungsprozess und zur zivilgesellschaftlichen Entwicklung. In der Türkei hat ein spannender Prozess begonnen, der das Militär von der politischen Bühne zurück in die Kaserne führen kann – wenn er konsequent weiterverfolgt wird und die EU es nicht an der nötigen Unterstützung für die Reformer in Ankara mangeln lässt.